

Wir wollen die Bundestagswahl 2002 gewinnen

Präsidium legt
Strategie gegenüber
Rot-Grün für die
zweite Hälfte der
Legislaturperiode fest

Arbeitsprogramm der
Klausurtagung am 14./15. 6. 2000 in
Berlin-Wittenau

Strategie für die zweite Hälfte der Wahlperiode

Am 14./15. Juni 2000 fand in Berlin-Wittenau eine Klausurtagung vom CDU-Präsidium statt. Zu den Ergebnissen, die in einem Arbeitsprogramm zusammengefasst sind, erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel:

Mit dem Essener Parteitag hat die CDU den Neuanfang begonnen. Es ist uns gelungen, wieder konzentriert in die politische Sacharbeit einzusteigen. Der Schwung des Essener Parteitages muss nun aber in eine nachhaltige Stimmungsveränderung im Land umgesetzt werden. Denn wir geben uns nicht mit immer besser werdenden Umfragen zufrieden. Wir haben ein anspruchsvolleres Ziel: **Wir wollen die Bundestagswahl 2002 gewinnen.**

Aber auf diesem Weg bleibt noch vieles zu tun. Deshalb habe ich das Präsidium zu einer Klausurtagung gestern und heute nach Berlin-Wittenau eingeladen. Es war die erste Klausurtagung des Präsidiums seit dem Essener Parteitag. Wir haben eine eingehende Grundsatzaussprache über unsere Strategie und unser Selbstverständnis als Partei geführt. Diese Diskussion hat zu klaren Ergebnissen geführt. Wir haben unser Arbeitsprogramm bis zum Parteitag im Herbst 2001, unsere Ziele, Konzepte und Strategie für die zweite Hälfte der Legislaturperiode festgelegt. Dies war aus drei Gründen wichtig:

Erstens: Die Menschen haben ein Recht darauf zu wissen, woran sie bei uns sind. Sie wollen ein für sie nachvollziehbares, also ein einheitliches Bild einer Partei, auch oder gerade weil sie auf den verschiedenen Ebenen

in ganz unterschiedlicher Verantwortung steht: im Bund und in manchen Ländern in der Opposition, in anderen Ländern in unterschiedlichen Koalitionen oder in Alleinregierungen, in der EVP bei der Gestaltung der europäischen Einigung, in Städten und Gemeinden bei der Arbeit von Oberbürgermeistern und Landräten.

Zweitens: Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges vor 10 Jahren hat sich in unserem Land, in Europa, in der Welt insgesamt nahezu alles verändert. Wir haben zwar mit unseren Visionen von der deutschen Einheit und der europäischen Einigung Recht behalten. Doch diese Gewissheit allein trägt nicht. Die Menschen erwarten neue und schlüssige Antworten von uns auf die Fragen, die sich aus der Veränderung der Gesellschaft ergeben: Globalisierung auf der einen Seite und eine dramatische Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft auf der anderen Seite. Und sie erwarten, dass die Politik nicht über ihre Köpfe hinweg redet. Wenn wir wollen, dass die Menschen den Politikern wieder mehr zuhören, dann müssen die Politiker eine andere Sprache sprechen, dann müssen sie klare und für alle Generationen nachvollziehbare Antworten geben.

Drittens: Opposition ist deshalb mehr als bloßes Nein-Sagen. Die Menschen wollen nicht nur wissen, wogegen wir sind, sondern auch wofür: bei der Altersvorsorge, bei der Steuerpolitik, bei Bildung und Ausbildung, in der Europapolitik, bei der Regelung von Zuwanderung und Asyl, bei der Verbesserung der Sicherheit in Deutschland, bei der Modernisierung unseres Staates.

Die Klausurtagung des Präsidiums hat für dieses inhaltliche und strategische Fundament als Gesamtpartei die richtige Grundlage gelegt. Dazu haben wir uns auf ein Arbeitsprogramm mit zehn Schwerpunktvorhaben verständigt, die für die Gesellschaft von morgen von entscheidender Bedeutung sind und in denen wir unsere Positionen weiter entwickeln und ausbauen müssen.

Mit diesem Arbeitsprogramm wird deutlich: Wir sind weiter als in Essen. Wir beginnen damit unsere Arbeit am Regierungsprogramm 2002-2006. Wir werden die Diskussion über unsere Vorhaben auf allen Ebenen der Partei führen - in Gesprächskreisen, Kongressen und Regionalkonferenzen. Wir nehmen dies zudem in enger Abstimmung mit der CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor. Auf der Grundlage dieses Fundaments greifen wir die Schröder-Regierung an.

Unser Gegner ist Schröders SPD im Wettbewerb um Platz 1. Wir wollen die Menschen in Deutschland mit einer Politik für uns gewinnen, deren Leitbild die Werte des christlichen Menschenbildes ist, deren Markenkern die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft ist, deren Ziel tragfähige Konzepte für die Zukunft sind und deren Sprache und Stil von den Menschen verstanden werden kann. Die Entscheidung zwischen den politischen Richtungen in unserem Land fällt zwischen den beiden großen Parteien.

Die Politik Schröders hat keinen Maßstab. Sie ist nicht zu Ende gedacht - ob bei der Flickschusterei mit einer sog. Green Card, bei der missratenen Ökosteuer, bei einem symbolischen Atomausstieg ohne Rücksicht auf deutsche und internationale Sicherheitsinteressen, bei der Debatte um die Zukunft der Bundeswehr oder bei der wieder zurückgezogenen Justizreform. Die CDU dagegen denkt weiter. Die Devise ist

**DAS PRÄSIDIUM DER CDU
DEUTSCHLANDS HAT AUF
EINER KLAUSURTAGUNG
AM 14./15. JUNI 2000 IN
BERLIN-WITTENAU FOLGEN-
DES ARBEITSPROGRAMM
BESCHLOSSEN:**

Nachhaltigkeit statt nachbessern. Wir gehen dabei unsere Arbeit in dem Bewusstsein an, dass die Opposition von heute die Regierung von morgen ist.

Mit dem Essener Parteitag hat die CDU den Neuanfang begonnen. Es ist uns gelungen, wieder konzentriert in die politische Sacharbeit einzusteigen. Der Schwung des Essener Parteitages muss nun aber in eine nachhaltige Stimmungsveränderung im Land umgesetzt werden.

Die Klausurtagung des Präsidiums hat sich auf ein Arbeitsprogramm mit zehn Schwerpunktvorhaben verständigt, die für die Gesellschaft von morgen von entscheidender Bedeutung sind und in denen wir unsere Positionen weiter entwickeln und ausbauen müssen:

1. Für eine faire Gesellschaft - Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft gehört zur Identität der CDU. Sie beschreibt eine wirtschaftliche und soziale Ordnung, die auf die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen setzt und Eigenverantwortung, Subsidiarität und sozialen Ausgleich beinhaltet.

Wesentliche Reformprojekte in der Renten- und Steuerpolitik werden die Handschrift der Union tragen. Das hat mit unserem Verständnis der Sozialen Markt-

wirtschaft zu tun. Neben der Steuerreform, einer Neuordnung der Altersvorsorge und der Reform des Gesundheitswesens sind für die Zukunft weitere Aspekte zu entwickeln: die Durchsetzung des Wettbewerbsprinzips auf allen Ebenen, internationale Rahmenbedingungen in WTO, IWF und Weltbank, die Gestaltung des europäischen Binnenmarktes, die Reform des Arbeitsmarktes. Die Ethik, die Werte und Maßstäbe der Sozialen Marktwirtschaft müssen unter den veränderten Bedingungen globaler Märkte und des Wandels der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft zu einer neuen Sozialen Marktwirtschaft weiter entwickelt werden. Wir wollen auch im 21. Jahrhundert Markt und Menschlichkeit miteinander versöhnen.

Hierzu hat das Präsidium beschlossen, eine Kommission „Soziale Marktwirtschaft“ unter dem Vorsitz der Parteivorsitzenden einzusetzen. Dieser Kommission gehören von Seiten des Präsidiums Christian Wulff, Kurt H. Biedenkopf, Hildegard Müller, Peter Rauen und Hermann-Josef Arentz an. Ausdrücklich soll Sachverstand von außen hinzugezogen werden. Im Frühjahr des nächsten Jahres werden die Ergebnisse dieser Kommission vorgelegt.

2. Modernisierung des Staates

Wir wollen eine Reform des Staates, die von den Grundgedanken der Subsidiarität und der Teilhabe getragen ist. Wir haben dabei das Ziel, der jeweils kleinsten Einheit den möglichst größten Handlungsspielraum zu verschaffen, damit Entscheidungen problemnah, kostengünstig und vor allem bürgerfreundlich ausfallen. Christa Thoben hat einen Zwischenbericht zum Stand der Arbeit ihrer Kommission „Kleine Einheiten“ vor-

gelegt. Die Kommission wird ihre Konzepte bis zum Herbst dieses Jahres erarbeiten und vorstellen.

3. Gesprächsreihe „Frauen in Deutschland“

Teilhabe für alle zu fördern heißt auch Teilhabe für Frauen in allen Lebensbereichen zu erreichen, in der Erwerbsarbeit, in der Familienarbeit, in politischen Ämtern, in wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Führungsaufgaben und nicht zuletzt im Ehrenamt. Frauen müssen die Chancen einer sich wandelnden Arbeits- und Lebenswelt von Anfang an nützen können. Hildegard Müller wird bis August Vorschläge für eine Gesprächsreihe „Frauen in Deutschland“ erarbeiten. Auch hier wird wieder Sachverstand von außen herangezogen.

4. Bildung und Wissenschaft brauchen Qualität

Wir sehen in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik die wichtigste Investition unseres Landes für die Zukunft. Bildung und Forschung entscheiden ganz wesentlich mit über die Wettbewerbschancen Deutschlands. Bildung ist ein Wert an sich. In einer älter werdenden Gesellschaft erfordert sie besondere Anstrengungen, nicht zuletzt auch im Bereich der Weiterbildung. Die CDU wird am 20. November dieses Jahres in Stuttgart auf einem Kleinen Parteitag neue bildungspolitische Leitsätze verabschieden, die unter Federführung von Annette Schavan erarbeitet worden sind. Wir werden die zentralen Fragen von Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung mit Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen in Gesprächen und Veranstaltungen diskutieren.

5. Unsere Verantwortung für Forschung und Ethik

Wir haben einen gewaltigen Zuwachs an Wissen und Erkenntnis über das Leben und den Menschen, vor allem durch bahnbrechende Erfolge in der Genomforschung und der Biotechnologie. Nur wer bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien führt, kann auch die Debatte über ihre ethische Verantwortbarkeit bestimmen. Die CDU, deren Grundlage das christliche Menschenbild ist, ist besonders gefordert, diese gesellschaftliche Debatte zu führen und zu prägen. Auf einer Fachtagung im Herbst, die federführend von Jürgen Rüttgers vorbereitet wird, wollen wir mit den gesellschaftlichen Gruppen und den Kirchen hierüber ins Gespräch kommen.

6. Zuwanderung und Integration

Deutschland braucht keine Scheinlösungen für einzelne Branchen z. B. im IT-Bereich, sondern umfassende gesetzliche Regelungen zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland. Zu einem solchen Gesamtkonzept gehört eine unvoreingenommene Diskussion über das Asylrecht einschließlich seiner verfahrensmäßigen Umsetzung. Deutschland wird auch auf die Zuwanderung von Menschen angewiesen sein, deren fachliche Fähigkeiten bei uns dringend gebraucht werden. Zuwanderung kann ohne Integration nicht funktionieren. Das Präsidium hat Peter Müller beauftragt, ein umfassendes Zuwanderungskonzept für die Menschen, die wir brauchen, und für die, die uns brauchen, bis Jahresende zu erarbeiten.

7. Architektur der Europäischen Union

Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine historische Chance, die wir ergreifen müssen. Die Architektur der Europäischen Union muss jetzt neu bestimmt werden. Die CDU will deshalb Motor einer Debatte über die historische Notwendigkeit, über Grundlagen, Ziele und Grenzen des europäischen Einigungswerkes sein. Vorrangig ist die Schaffung eines Verfassungsvertrages, mit dem festgelegt wird, welche Ebene für die Lösung welcher Frage zuständig ist. CDU und CSU haben am 4. Juni auf Partei- und Fraktionsebene eine Programmkommission eingerichtet, die bis Anfang Juli gemeinsame Leitsätze für das Europa der Zukunft formulieren wird. Die Arbeit dieser Kommission wird von Wolfgang Schäuble geleitet.

8. Sicherheit in Deutschland

Die Bürger unseres Landes sollen sich sicher fühlen können und tatsächlich auch sicher sein. Deshalb treten wir dafür ein, die Leistungsfähigkeit der Polizei auf ein aufgabengerechtes hohes Niveau zu bringen. Wir werden auch Konzepte zur Bekämpfung neuer Formen der Kriminalität vorlegen. Vordringlich ist der Schutz des Internets vor Hackern und zerstörerischen Programmen. Dazu ist eine bessere internationale Koordination der nationalen Sicherheitsbehörden unerlässlich. Das Präsidium hat eine Kommission „Sicherheit in Deutschland“ unter Vorsitz von Jörg Schönbohm eingesetzt, die bis Frühjahr 2001 ein modernes Sicherheitskonzept erarbeitet.

9. Aktive Außen- und Sicherheitspolitik

Trotz des Endes des Kalten Krieges sind Frieden und Freiheit nicht selbstverständlich. Das bestimmt auch die Aufgaben der Bundeswehr. Die Bundeswehr muss auch künftig den Verfassungsauftrag der Landesverteidigung erfüllen, ihren Bündnispflichten nachkommen und einen solidarischen Beitrag zur Krisenbewältigung im Rahmen der internationalen Völkergemeinschaft leisten können. Maßstab unserer Konzeption für die Bundeswehr der Zukunft ist dabei eine umfassende Analyse der Bedrohungen der Zukunft.

Darüber hinaus ist bei wachsender Weltbevölkerung eine Verschärfung von Verteilungskonflikten absehbar. Außenpolitik ist heute deshalb mehr als klassische Außen- und Sicherheitspolitik. Sie umfasst auch Anforderungen im Bereich der Entwicklungspolitik und des internationalen Umweltschutzes. In Zusammenarbeit mit den Bundesfachausschüssen Entwicklungspolitik, Außenpolitik und Sicherheitspolitik wird

Volker Rühle bis Ende des Jahres Leitsätze einer aktiven Außen- und Sicherheitspolitik erarbeiten.

10. Parteireform

Der inhaltlichen Weiterentwicklung unserer Positionen muss auch eine Erneuerung unserer Arbeitsweisen als Partei entsprechen. Wer eine neue Politik für eine neue Zeit gestalten will, muss dies in Formen und Verfahren tun, die dem Lebensgefühl und den Lebensstilen der Menschen entsprechen. Der Essener Parteitag hatte den Grundsatzbeschluss gefasst, eine Kommission zur Reform der Parteiarbeit einzusetzen. Generalsekretär Polenz, der diese Kommission leitet, hat dem Präsidium eine Arbeitsplanung vorgelegt, die vor allem auf eine breite Beteiligung unserer Basis an der Reformdiskussion abstellt. Wir werden im Herbst dieses Jahres das Thema in Kreisgeschäftsführer- und Kreisvorsitzendenkonferenzen voranbringen. Der Parteitag 2001 wird über die Reform unserer Parteiarbeit Beschluss fassen.



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: A Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.